

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1894

26.1.1894 (No. 25)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 26. Januar.

№ 25.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14 (Telephonausschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1894.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 25. Januar.

Die serbische Krise hat mit der Bildung eines neutralen Ministeriums durch den bisherigen Gesandten Simitsch und den Staatsrath Nikolajewitsch vorläufig ein Ende gefunden. Das Zwischenwörtchen „vorläufig“ ist in diesem Falle nicht zu entbehren, weil es sich natürlich erst zeigen muß, in wie weit ein neutrales Ministerium auf die Zustimmung der Parteien zu seinen Maßregeln rechnen kann. Denn der Anhang, den ein Parteiministerium, wie die letzten serbischen Kabinette es waren, in der Volksvertretung finden wird, läßt sich ja einfach berechnen; welchen Rückhalt in der Stupschina aber eine Regierung haben wird, die sich an keine bestimmte Partei anlehnt und der infolge dessen auch keine Partei direkt verpflichtet ist, läßt sich nicht im Vorhinein feststellen. Eine Antwort auf diese Frage vermag erst der Verlauf der Ereignisse zu geben. Wie die Dinge in Serbien lagen, war ein anderer Ausweg aus der Krise, als die Bildung eines parteilosen Kabinetts, gar nicht möglich. Zwischen dem König und den Radikalen war es zum Bruch gekommen; eine Verständigung mit den Radikalen erwies sich als unausführbar, und es konnten daher nur noch die beiden Parteien der Liberalen und der Fortschrittler in Betracht kommen. Die Liberalen hatten vor den Radikalen, zuletzt bis zum 13. April vorigen Jahres, die Leitung der ministeriellen Geschäfte in der Hand gehabt. Der König berief denn auch den liberalen Führer Awakumowitsch, den Chef des letzten liberalen Kabinetts, der jetzt mit seinen ehemaligen Kollegen unter der Anklage des Verfassungsverstoßes steht, direkt aus dem Gerichtssaale in den königlichen Konak, um mit ihm über die politische Lage zu verhandeln. Aber auch der Berufung eines liberalen Ministeriums stellten sich unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Zunächst lag das staatsrechtliche Bedenken vor, das sich naturgemäß gegen die Berufung von Männern, die jetzt noch unter Anklage stehen, zur Regierung geltend machen mußte. Dann kam noch hinzu, daß die Fortschrittspartei sich weigerte, mit den Liberalen zusammenzugehen. Die Fortschrittspartei begründete ihre Weigerung damit, daß keine genügende Bürgschaft für die Konfolidierung der Verhältnisse geboten sei. Es wird von einer Auseinandersetzung zwischen dem König und dem fortschrittlichen Parteiführer Sarafschanin berichtet, nach der Sarafschanin ziemlich ungnädig verabschiedet worden sein soll. So blieb als dritte Möglichkeit, wenn König Alexander seinem Versprechen gemäß die Krise auf verfassungsmäßigem und parlamentarischem Boden lösen wollte, nur die Bildung eines neutralen Kabinetts übrig. Für die Herstellung eines solchen parteilosen Ministeriums boten sich in erster Linie zwei Männer dar, deren öffentliche Thätigkeit ihnen das Vertrauen des Königs und weiter Volkskreise erworben hat: der serbische Gesandte in Wien, Simitsch, und der Staatsrath Nikolajewitsch. Beide folgten dem Rufe des Königs und umgaben sich mit Männern, die gleich ihnen selbst keine Verpflichtungen zu einer einzelnen politischen Partei hatten. So kam das neue Kabinett zu Stande. Die amtliche „Sepske Novine“ konnte bereits gestern die Zusammenfügung des neuen Ministeriums mittheilen. Diese Zusammenfügung entspricht der gestern telegraphisch mitgetheilten Ministerliste. Ein Telegramm aus Belgrad berichtet noch, daß der Ministerpräsident Simitsch gestern in der Stupschina eine Programmklärung verlas. Die Erklärung besagt, die neue Regierung werde den gerechten Wünschen aller Parteien entgegenkommen und sich eines korrekten Verhaltens gegenüber den auswärtigen Mächten befleißigen, um so dem Lande den innern und den äußern Frieden zu erhalten. Auch werde die Regierung jeden guten Rath gern hören, möge derselbe von irgend welcher Partei kommen. Nach dieser Erklärung sprach die Regierung den Schluß der Stupschinasession aus.

Deutschland.

Berlin, 24. Jan. Seine Majestät der Kaiser nahm heute Vormittag Vorträge des Chefs des Civillabinetts und des Kriegsministers und um 1 Uhr Mittags die Meldung des zum Generalkonful in Egypten ernannten Freiherrn v. Seyling entgegen.
Die „Freis. Zeitg.“ will aus unanfechtbarer Quelle erfahren haben, Seine Majestät der Kaiser habe einem bekannten Politiker gegenüber geäußert, er stehe nach wie vor fest zu dem Reichskanzler Grafen Caprivi und sei keineswegs geneigt, sich durch das Geschrei der Konservativen von seinem besten Rathgeber trennen zu lassen. Wir geben die Nachricht der „Freis. Zeitg.“ wieder, weil sie durch das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet wird. Ob Seine Majestät von „Geschrei“ gesprochen hat

oder ob dieser Ausdruck lediglich dem an Kraftworten ja nicht armen Vexikon des freisinnigen Blattes entstammt, mag unerörtert bleiben. Im übrigen ist die Mittheilung der „Freis. Zeitg.“ nicht neu. Die „Kreuzzeitung“ berichtete schon unlängst, Seine Majestät der Kaiser habe neuerdings Gelegenheit genommen, sich gegenüber einem der konservativen Partei nahestehenden Mann dahin auszusprechen, die Konservativen sollten doch nicht denken, daß er sich in der Wahl seiner Rathgeber irgendwie beeinflussen lassen würde, und daß er insbesondere in Bezug auf den russischen Handelsvertrag nicht ganz hinter dem Grafen Caprivi stände. Die „Post“ bestätigte die Richtigkeit dieser Nachricht und fügte hinzu, daß die Kaiserliche Aeußerung zu dem Träger eines bekannten konservativen Namens gethan worden sei. Beides, die Aeußerung der „Kreuzzeitung“ und die Bemerkung der „Post“, wurde von der „Nordb. Allg. Zeitg.“ wiedergegeben und ist damals auch in unser Blatt — siehe Nr. 22 der „Karlsruher Zeitung“ — übergegangen.

Der „Hamb. Kor.“ meldet aus angeblich zuverlässiger Quelle, Seine Durchlaucht der Fürst Bismarck werde am Freitag Vormittag 9 Uhr 20 Minuten von Friedrichruh nach Berlin abreisen. Diese Meldung steht im Einklang mit der gestern von uns erwähnten Nachricht Berliner Blätter, daß Fürst Bismarck nicht erst nach dem Geburtstage Seiner Majestät des Kaisers, sondern bereits zur Geburtsfeier des Monarchen in Berlin eintreffen werde. Nach einer Versicherung der „Allgemeinen Zeitung“ geschähe dies auf eine Einladung des Kaisers. Das Münchener Blatt schreibt: „Der Kaiserliche Flügeladjutant Graf v. Moltke begab sich am Montag früh im Dienstzuge nach Friedrichruh und überbrachte dem Fürsten Bismarck ein sehr gnädiges Kaiserliches Handschreiben nebst einer Flasche alten Rheinweins aus der Schlosskellerei zur Stärkung in der Refouleszenz. Gleichzeitig war Graf Moltke Träger einer allerhöchsten Einladung an den Fürsten zum Militärjubiläum des Kaisers am 27. d. Mts. (Gemäß dem im preussischen Königshause herrschenden Brauch ist Seine Majestät der Kaiser an seinem zehnten Geburtstage in die Arme eingetreten, der er jetzt, bei der Vollendung seines 35. Lebensjahres, mithin ein Vierteljahrhundert angehört.) Es werde für jede Bequemlichkeit gesorgt sein und der Fürst werde eine Barterwohnung im Schlosse vorbereitet finden. Fürst Bismarck hat darauf in seinem Antwortschreiben gebeten, in Anbetracht seines Gesundheitszustandes dem Kaiser seinen unterthänigen Dank unmittelbar vor oder gleich nach dem Geburtstage persönlich auszusprechen zu dürfen, worauf der Kaiser umgehend in einem sehr huldvollen Telegramm zustimmend erwidert hat.“

Der Reichskommissar Dr. Peters ist seit einigen Tagen an Bronchitis erkrankt und in Folge dessen genöthigt, das Bett zu hüten.
Laut einer Meldung der „Kreuzzeitung“ wurde der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrathes, Geh. Rath Dr. Barthausen, zum Präsidenten des Domkirchenkollegiums ernannt.

Durch eine am 21. d. M. von dem deutschen Botschafter und dem spanischen Staatsminister in Madrid unterzeichnete Erklärung, die dem Bundesrath und Reichstage zur Genehmigung vorgelegt werden wird, ist das bestehende deutsch-spanische Handelsprovisorium bis Ende März verlängert worden.

Die heutige Plenarsitzung des Reichstags, über deren Verlauf der telegraphische Bericht den Leser unterrichtet hat, endigte damit, daß die Anträge bezüglich der eingetragenen Berufsvereine einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen wurden. Nach der Erledigung der Tagesordnung theilte der Präsident v. Levetzow mit, daß der frühere Bureaudirektor des Reichstags, Geheimrath Hoppel, gestorben sei. Die Abgeordneten ehrten das Andenken dieses verdienstvollen Beamten, indem sie sich von den Siben erhoben. Für morgen stehen wieder kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung. Er schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß aus dem angekündigten Besuch des Fürsten Bismarck in Berlin Gutes für das Vaterland erripieren werde. v. Kardorff (freis.) bedauerte, daß das Reich bei den Steuervorlagen in Widerspruch mit den Einzelstaaten gebracht werde, und befürwortete die Rehabilitirung des Silbers. Lieber (Centr.) hält die Erörterung der Fragen, welche der Entscheidung des Reichstags unterliegen, in den Einzellandtagen bedenklich. Die Matrikularbeiträge Preußens seien allerdings so gestiegen, daß es dies ohne Gegenleistung dauernd nicht aushalten könne. Es frage sich aber, ob der vorgeschlagene Weg der Regelung des finanziellen Verhältnisses der richtige sei, insbesondere sei der gegenwärtige Zeitpunkt der ungünstigste. Finanzminister Miquel erblickt in den Ausführungen des Vorredners

über die Nothwendigkeit einer finanziellen Auseinandersetzung des Reiches mit den Einzelstaaten die volle Bestätigung der Hoffnungen, welche er auf einen großen Theil des Centrums gesetzt habe. Wenn er die Finanzfrage hier erörtert habe, so geschah dies, weil es sich um eine Staatsangelegenheit handle. Der Zeitpunkt für die Finanzreform sei günstig; je mehr die Finanzreform hinausgeschoben wird, desto schwieriger werde die Frage, die nicht nur eine finanzielle ist, sondern auch eine solche, die auf die dauernd guten Verhältnisse vom Reich zu den Einzelstaaten einen Einfluß ausübt. Man müsse die Finanzreform im Reich herzhast angreifen. Richter (freis. Volksp.) hält die preussischen Finanzverhältnisse für günstig und erwartet insbesondere von den nächsten Jahren eine erhebliche Besserung. Minister Miquel wandte sich gegen die Ausführungen Richters und betonte die Nothwendigkeit der vorgeschriebenen Schuldentilgung. Der natürlichen Steigerung der eigenen Reichseinnahmen stehe das Wachsen der nothwendigen Ausgaben gegenüber. Darauf wurde die Diskussion geschlossen und die Haupttheile des Etats überwies das Haus der Budgetkommission.

Vom preussischen Abgeordnetenhaus wurde heute die erste Berathung des Etats zu Ende geführt. Abg. v. Kröcher (kons.) bemerkte gegenüber Richter, die Landwirtschaft verlange nicht die Zusicherung steigender Einkünfte, sie fordere nur gleiche Sonne und gleichen Wind mit anderen Gewerben. Abg. v. Eymern (nat.-lib.) hofft, daß das preussische Defizit sich weniger hoch gestalten würde; er wünscht, daß die Finanzverwaltung energisch die Frage der Finanzreform betreibe, und drückte den Wunsch aus, daß die Eisenbahnverwaltung ihre Bestellungen nicht im Auslande mache. Der Redner trat für die Tabaksteuer und die Weinsteuer ein und bekämpfte die Erhöhung der Matrikularbeiträge, durch welche gerade die weniger leistungsfähigen Schultern belastet würden.

Beim preussischen Abgeordnetenhaus ist der Vertrag zwischen Preußen und Lübeck, betreffend den Elbe-Extrav-Kanal, nebst einem Gesetzentwurf, der sich auf die Gewährung eines Beitrags Preußens zu den Kosten Lübecks für die Herstellung des Kanals bezieht, eingegangen.

Berlin, 24. Jan. Wie telegraphisch gemeldet wurde, ist der Divisionsgeneral Schalit Pascha, Adjutant des Sultans und Chef der kaiserlichen Militärkanzlei, in Begleitung des Artillerieinstruktors v. Grumbow Pascha von Ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin empfangen worden, um den Majestäten die Insignien des vor einigen Monaten neu gestifteten Hausordens der Osmanischen Dynastie (Hanedani Osmani) und dem deutschen Kronprinzen den Großorden des Osmanischen Ordens in Brillanten zu überbringen. In der offiziellen Mittheilung über die Abreise dieser Mission von Konstantinopel heißt es unter anderem, daß der neugestiftete Orden in erster Reihe dem deutschen Kaiserpaar verliehen wurde „pour l'assistance bienveillante que S. M. l'empereur a offerte dernièrement au gouvernement ottoman“. Dieser Passus des offiziellen Communiqués hat zu mannigfachen Kommentaren über die unmittelbare Veranlassung der Verleihung dieser hohen Auszeichnung an den deutschen Kaiser, als ersten fremden Souverän, Anlaß gegeben. In Wirklichkeit ist der citirte Satz aber die Wiederholung der statutengemäßen Bedingungen für die Verleihung dieses Ordens an fremde Souveräne. Man hat denn auch thatsächlich in der Uebersendung dieses Ordens an den deutschen Kaiser lediglich einen Akt der Courtoisie und sozusagen die Erwidерung für den dem Sultan vom Kaiser Wilhelm während seiner Anwesenheit am Bosphorus im Herbst 1889 eigenhändig verliehenen Hohenzoller'schen Hausorden zu erblicken. Schon damals dürfte an höchster Stelle in Konstantinopel die Idee gefaßt worden sein, einen ähnlichen Hausorden zu stiften und an den deutschen Kaiser, dessen Aufenthalt in Konstantinopel zur Anknüpfung persönlicher freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Souveränen Gelegenheit gab, zu verleihen. Die Idee wurde erst im Vorjahre verwirklicht und nun fand die Verleihung an den deutschen Kaiser statt.

Oesterreich-Ungarn.

O.M. Wien, 23. Jan. Der neue österreichische Handelsminister, Graf Burmbrand, weilte seit zwei Tagen in Triest und empfing dort gestern die Spitzen der Behörden. Der Podesta überreichte dem Minister ein Promemoria, in dem um Sanirung des Lagerhausunternehmens und um Herstellung besserer Eisenbahnverbindungen gebeten wird. Der Handelsminister betonte in seiner Antwort, daß er zum Ziele seiner ersten amtlichen Reise gerade Triest gewählt habe, sei ein Beweis dafür, wie sehr die Regierung von der Nothwendigkeit überzeugt ist,

die Konkurrenzfähigkeit Triests zu erhalten. Bei diesem Bestreben müsse aber auch Rücksicht auf die gebotene Schonung des Staatskassas genommen werden. Die berührten Fragen seien zwar noch nicht ganz spruchreif, aber immerhin schon so weit, um sie in ernster Behandlung ziehen zu können. Die Hauptbedingung für ihre glückliche Lösung liege aber darin, daß sowohl die lokalen Behörden untereinander, als auch diese mit der Regierung Hand in Hand gehen. Der Landeshauptmann von Friaun, Dr. Campitelli, trug dem Minister die Bitte um Errichtung einer Lokalbahn von Triest durch das Innere von Friaun nach Parenzo vor, welchem Anliegen sich auch die Deputation der Handelskammer von Rovigo angeschlossen. Eine Abordnung des Stadtrathes von Görz, sowie der dortigen Handelskammer empfahl die Interessen von Görz hinsichtlich der Eisenbahnverbindungen dem Wohlwollen des Ministers. Graf Wurmbbrand empfing ferner eine Deputation von Grado, den Podesta der Stadt Pirano und erhielt Promemorien seitens der „Associazione Marittima“ in Angelegenheit der Förderung der Handelsmarine und seitens des Oesterreichischen Vereins für Seefischerei bezüglich der Hebung und Entwicklung der Seefischerei in den österreichischen Gewässern. Den gestrigen Tag benützte der Minister zur eingehenden Besichtigung der Lagerhäuser und Magazine.

Italien.

Z Rom, 22. Jan. Der Entschluß der Regierung, das Parlament, welches am 25. Januar seine Verhandlungen wieder eröffnen sollte, bis zum 20. Februar weiter zu vertagen, entspringt unzweifelhaft einerseits dem Wunsche, mit einem völlig ausgearbeiteten Finanzplan der Volksvertretung gegenüberzutreten, andererseits der Befürchtung, es möge die Verhandlung über die gegenwärtigen Zustände Italiens, insbesondere über die von der Regierung in Sicilien und Massa Carrara ergriffenen außerordentlichen Maßnahmen Erörterungen hervorufen, welche sich, so lange die gesetzliche Ordnung nicht überall wiederhergestellt ist, der endgültigen Beruhigung der Gemüther nicht förderlich erweisen würden. Dieser letztere Grund ist für die Einsicht und den Patriotismus der Parlamentarier nicht gerade sehr ehrenvoll, aber leider durchaus berechtigt. Denn der Parteigeist, die Widerprüchigkeit und die Besserwisserei sind bei einer nicht all zu kleinen Zahl unserer Abgeordneten so verbreitet und fest eingewurzelt, daß darüber jede Erwägung dessen, was man dem Vaterlande schuldet und daß diese Rücksicht hoch über allem Parteitreiben stehe, in den Hintergrund tritt. Inzwischen findet die von der Regierung ergriffene Maßregel im allgemeinen den Beifall aller Verständigen und Wohlgesinnten und wird auch von der Mehrzahl der Presorgane als durchaus berechtigt und im Interesse einer dauernden Besserung der öffentlichen Zustände gelegen anerkannt.

Ob es in der verhältnismäßig nur noch kurz bemessenen Frist gelingen wird, das Budget so umzuarbeiten, daß das gestörte Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen werde und neben den Ersparnissen, die mit der Fortdauer der Stellung, die Italien bisher im Konzert der Mächte Europas einnahm, verträglich sind, neue Einnahmequellen zu eröffnen, die ohne eine all zu starke Belastung der Steuerpflichtigen doch die entsprechende Erhöhung der zum Betriebe der Staatsmaschine nöthigen Mittel beiführen — das läßt sich schlechthin nicht voraussagen; daß es den Männern, welche jetzt an der Spitze der Regierung stehen, gelingen möge, ist aber der Wunsch aller wahren Freunde Italiens. — Hier in Rom macht sich die trübe Stimmung, die auf der ganzen Halbinsel angefangen der politischen und wirtschaftlichen Lage herrscht, sehr lebhaft fühlbar. Der Fremdenverkehr erreicht nicht annähernd den Höhepunkt, den er in anderen Jahren um diese Zeit zu erreichen pflegt. Von den Einheimischen denkt auch Jedermann daran, wie man sich in den Ausgaben beschränken könne. Der König und die Königin, stets voran, wo es gilt, der Nation mit gutem Beispiel voranzugehen, haben auch ihrerseits Vereinfachungen im Hofhalte eintreten lassen, um namhafte Summen, die sonst für Festlichkeiten verausgabt werden, den Nothleidenden zuzuwenden. Es werden keine Hofbälle stattfinden. Daß der König schon vor Monaten auf einen Theil seiner Civilisten verzichtet und die Instandhaltung einer Reihe ihm zur Verfügung stehender Schlösser aufgegeben hat, ist bekannt. Auch in den Straßen der ewigen Stadt ist es stiller als sonst in der Zeit, da die Karnevalswoge herannahet. Umzüge und sonstige Maskenscherze sind untersagt, weil man sie der allgemeinen Nothlage gegenüber nicht angemessen findet, vielleicht auch weil man Demonstrationen und unter der Firma der Maskenfreiheit Beunruhigung der friedlichen Bürger befürchtet.

Aus einer wohlunterrichteten Quelle erfahre ich, daß man sich im Vatikan der Erwägung nicht entzogen hat, daß politische Bewegungen, wie sie in Sicilien hervorgetreten sind und auch auf andere Theile Italiens sich ausgebreitet haben, wenn sie größeren Umfang annehmen würden und wenn die staatliche Macht nicht mehr im Stande wäre, ihnen erfolgreich entgegenzutreten, auch für den Heiligen Stuhl eine ernste Gefahr mit sich bringen würden und daß eine politische und soziale Revolution vor den Thoren des Vatikan nicht halt machen dürfte. Aus diesen Erwägungen soll der Gedanke einer Solidarität des Papstthums mit den konservativen Interessen, der seit einiger Zeit mehr und mehr in Vergessenheit geraten zu sein schien, wieder neu belebt worden sein und es dürften vielleicht bald Beweise eines Umschwungs der päpstlichen Politik erkennbar werden. In wie weit sich diese Erwägungen auch auf eine Besserung in den Beziehungen zwischen Vatikan und Quirinal er-

recken, läßt sich vorerst wohl noch nicht deutlich erkennen. Aber es fehlt für kundige Augen nicht an Anzeichen, daß — wie ich Ihnen schon früher schrieb — die Ernennung Crispi's zum leitenden Minister im Vatikan nicht ungerne gesehen wurde, weil man diesem Staatsmann eine klare und vorurtheilslose Einsicht in die realen Verhältnisse und den Muth sowie die Thatskraft zutraut, auch in schwierigen und verwickelten Lagen, ungestört durch Phantome, wenn sie sich auch hinter den hochtönendsten Phrasen verbergen, seiner Einsicht und Ueberzeugung entsprechend zu handeln.

Rom, 25. Jan. (Tel.) Die Nachricht, daß die Banca Generale um ein Moratorium nachgesucht habe, rief bekanntlich eine Panik im römischen Publikum hervor und diese Panik äußerte sich namentlich darin, daß die Sparkassen um die Rückzahlung der Einlagen bestürmt wurden. Die beruhigenden Versicherungen der Blätter und die anstandslose Auszahlung aller zurückverlangten Sparkasseneinlagen haben nun ihre Wirkung nicht verfehlt. Wie die Zeitungen melden, vermindert sich die Zurückziehung von Spareinlagen bei den Sparkassen ganz bedeutend; andererseits ist eine Vermehrung der Neueinlagen konstatirt worden, ein Zeichen, daß die Bevölkerung wieder Vertrauen gewinnt. — Eine Depesche aus Palermo bestätigte heute, daß auf der ganzen Insel Sicilien vollständige Ruhe herrscht. Auch in der Provinz Massa-Carrara dürfte die Ordnung bald wieder hergestellt sein, wozu die Versicherung des königlichen Kommissars, daß die Regierung sich die Hebung der dortigen wirtschaftlichen Verhältnisse angelegen sein lasse, wesentlich beitragen wird. General Heusch erklärte in einer Konferenz mit den Präsekten und den Bürgermeistern der Provinz, die Absicht der Regierung gehe nicht nur dahin, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, sondern die Regierung sei auch fest entschlossen, Maßregeln zu ergreifen, welche dazu dienen, daß sich die sozialen und kommerziellen Verhältnisse besser gestalten. Der frühere Ministerpräsident, Marquis di Rudini, erklärte einem Vertreter des „Corriere di Napoli“, er habe niemals Verhandlungen mit Rußland bezüglich einer Abgabe an den Dreibund gehabt. Alle derartigen Gerüchte seien vollständig grundlos. Der bekannte Besuch des russischen Ministers v. Siers in Monza sei mit Vorwissen der verbündeten Regierungen erfolgt.

Frankreich.

Paris, 25. Jan. (Tel.) In Frankreich ist schon eine Anzahl von Personen auf Grund des neuen Gesetzes über den Besitz von Sprengstoffen verurtheilt worden. So hat heute das hiesige Justizpolizeigericht den Anarchisten Merigau, in dessen Wohnung Sprengstoffe gefunden wurden, zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren verurtheilt.

Belgien.

Brüssel, 25. Jan. (Tel.) Die „Independance belge“ verzeichnet unter Vorbehalt das Gerücht, daß in der Schlacht bei Kassongo, welche mörderischer gewesen sei, als ursprünglich berichtet wurde, auch Baron Dhanis getödtet worden sei. Die Truppen des Kongostaates geriethen zwischen das Feuer von Rumbaliza und Songo Lutete, wozu letzterer Verrath übte. Lutete wurde von den Truppen der italienischen Nachhut, welche ihn bei dem Verrath ertappten, getödtet. (Die Schlacht zwischen den Truppen des Kongostaates und den von Rumbaliza geführten Arabern fand am 20. October statt; die beiden Kolonnen der Truppen des Kongostaates, die ihre Vereinigung anstrebten, wurden von Ponthier und Baron Dhanis beschießen. Ponthier ist bekanntlich in dem Kampfe tödtlich verwundet worden und am 25. October gestorben. Sollte es sich bestätigen, daß auch Dhanis gefallen ist, so würde der gleichzeitige Verlust zweier so verdienter Männer ein herber Schlag für die Verwaltung des Kongostaates sein.)

Amerika.

Rio de Janeiro, 24. Jan. Der aufständische Admiral de Gama hatte gestern eine vierstündige Unterredung mit Admiral Benham, dem Kommandeur des Geschwaders der Vereinigten Staaten, dessen Vermittlung er nachgesucht haben soll. Welche Aussichten die Konferenz des Injurgentenführers mit dem Admiral der Vereinigten Staaten von Nordamerika etwa für eine zeitliche Beilegung des brasilianischen Bürgerkrieges eröffnet, läßt sich heute noch nicht beurtheilen.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 25. Jan. 22. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Günner.

Am Regierungstisch: Staatsminister Koll, Minister des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten v. Brauer, Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Eisenlohr, und Präsident des Finanzministeriums, Dr. Buchenberger.

Nach Bekanntgabe zweier Einläufe wurde in der allgemeinen Diskussion über das Finanzgesetz fortgefahren. An der Debatte beteiligten sich die Abgg. Köppler, Gerber, v. Stockhorner, Frank, Müdt, Wildens, Wacker, Kiefer, Muser, Fieser, Marbe, Wittum, Venedey, Müller, Staatsminister Koll, Minister des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten v. Brauer, und der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Eisenlohr. (Ausführlicher Bericht folgt.) Schluß der Sitzung nach 1/4 Uhr.

* Karlsruhe, 25. Jan. 23. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 26. Januar, Vormittags 9 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Berathung der Berichte der Budgetkommission über das Budget für 1894/95: a. des Großh. Staats-

ministeriums; b. des Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten (Berichterstatte: Abg. Sießler).

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 25. Januar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm heute Vormittag den Vortrag des Geheimraths Freiherrn von Ungern-Sternberg entgegen. Nach 1 Uhr traf Seine königliche Hoheit der Erbprinzessin von Freiburg hier ein. Höchstersebe beabsichtigt, heute Abend nach Berlin zu reisen zur Geburtstagsfeier Seiner Majestät des Kaisers. Auch Ihre königliche Hoheit die Erbprinzessin wollte sich nach Berlin begeben, mußte aber auf ärztlichen Rath darauf verzichten, da Ihre königliche Hoheit in Folge der erst vor kurzem überstandenen Influenza noch der Schonung bedarf.

Die Erkrankung Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin besteht in einem Bronchialkatarrh mit wechselnder Fieberbewegung. Diese Erkrankung wird die Großherzogin nöthigen, noch einige Zeit zu Bett zu bleiben. Seine königliche Hoheit der Großherzog hat sich deshalb entschlossen, die Reise nach Berlin aufzugeben und den Besuch bei Ihren kaiserlichen Majestäten auf einen späteren Zeitpunkt zu verziehen.

Die höchsten Herrschaften erwarten in den nächsten Tagen die Ankunft Ihrer königlichen Hoheiten des Kronprinzen und der Kronprinzessin von Schweden und Norwegen. Der Kronprinz wird nur kurze Zeit hier verweilen und dann direct nach Schweden zurückkehren, während die Kronprinzessin wohl einige Tage länger hier bleiben und dann über Rom nach Corfu reisen wird, wo Höchstersebe Vorbereitungen zu längerem Aufenthalt hat treffen lassen.

* (Das „Gesetzes- und Verordnungsblatt für das Großherzogthum Baden“) Nr. 3 enthält Bekanntmachungen des Ministeriums des Innern, die Signalordnung für die Bodenseedampfschiffahrt und das Verzeichnis über die Befugnisse der Aichensächter betr.

* (Seit dem Inkrafttreten des Verfassungsgesetzes) vom 22. Juni 1890 wird die Thätigkeit der unteren Vergebände, des Bergmeisters, dadurch vielfach nutzlos in Anspruch genommen, daß von Seiten einer und derselben Person Aufträgen auf Mineralvorkommen angeblich verlassener Bergwerke gleichzeitig in großer Zahl eingelegt, kurz vor Ablauf der sechsmonatigen Frist für die Einreichung des Situationsplans (§ 20 Verfassungsgesetz) aber zurückgezogen und gleichzeitig entweder insgesamt oder zum größten Theil von neuem eingelegt werden. Zur Verhütung dieses Mißbrauches erscheint die Einführung einer Spindel für die Entschärfungen des Bergmeisters, durch welche die Lösung einer zurückgezogenen Nutzung verfügt wird, sowie für andere Entschärfungen derselben geboten, zumal auch in den übrigen größeren deutschen Bundesstaaten entweder für die Einlegung oder für die Zurücknahme und die Ungültigkeitklärung einer Nutzung Gebühren erhoben werden. Außer den Befehlen über die Zurücknahme und die Ungültigkeitklärung einer Nutzung Gebühren von dem Bergmeister wohl nur selten zu treffen sein. Für diese Entschärfungen soll nach einer der Zweiten Kammer zugegangenen Entwürfe die für begründete Entscheidungen festgesetzte Spindel im Betrag von 6 M. erhoben werden, welche bei weitaus dem Mehreren oder schwierigeren Fällen gemäß § 5 des Verwaltungsverordnungsblattes verdoppelt oder verdreifacht werden kann und im Fall des § 6 des Gesetzes nur zur Hälfte erhoben wird.

□ Der hiesige Nationalliberale Verein hatte für gestern Abend im großen Entschärfungssaal ein Bankett zu Ehren der nationalliberalen Landtagsabgeordneten veranstaltet. Das Bankett fand unter zahlreicher Theilnahme und unter Mithilfe des Gesangvereins „Friedrichshalle“, sowie der Kapelle des Leibregiments statt. Die Reihe der Reden eröffnete Herr Stadtverordneter Glaser mit einem Hoch auf Kaiser und Großherzog. Weiter traten die Herren Professor Seith auf die Abgeordneten, Landtagsabgeordneter Kiefer auf die liberalen Wähler, Landtagsabgeordneter Wittum auf den Fürsten Bismarck, Landtagsabgeordneter Straube auf die karlsruher Abgeordneten, Landtagsabgeordneter Kaele auf die „Friedrichshalle“, ferner sprachen noch die Herren Dr. Bin, Leischlin, Ludin u. A., von denen Herr Leischlin Grüße des Herrn Geh. Rath Camery überbrachte. Der Abend nahm einen animirten Verlauf.

* (Aufgefundenes Geld.) Es wurde aufgefunden: am 9. Januar im Wald bei ein Geldstückchen mit 20 M., am 15. Januar im Bereiche des Bahnhofs in Karlsruhe ein Geldstückchen mit 20 M. 11 Pf. und am 17. Januar im Zug 24 ein Geldstückchen mit 2 M. 60 Pf. (letzteres in Freiburg abgeliefert).

> Offenburg, 24. Jan. (Dienstag) Am 13. Januar d. J. waren 10 Jahre abgelaufen seit dem Tag, an welchem der Präsident des Großh. Landgerichts Offenburg, Herr Konstantin Mann, in den badischen Justizdienst eintrat. Geboren 1820, wurde er, nach bestandener Staatsprüfung, wegen seiner hervorragenden Thätigkeit früh zu höheren Richterstellen berufen und 1862 zum Hofgerichtsrath in Bruchsal, 1870 zum Oberhofgerichtsrath in Mannheim, 1877 zum Director beim Kreis- und Hofgericht Konstanz, 1882 zum Landgerichtspräsidenten in Mosbach, 1887 in Offenburg ernannt. Wie ihm von Seiten der Großh. Staatsregierung stets volle Anerkennung seiner Verdienste zu Theil wurde, so hatte er sich auch stets der besonderen Hochachtung und Verehrung seitens seiner Kollegen und seitens der Mitglieder und Beamten der Gerichtshöfe zu erfreuen, an deren Spitze er stand. Aber auch in weiteren Kreisen der Städte, in welche ihn seine dienstliche Laufbahn führte, wurde ihm wegen seines schlichten, bescheidenen und dabei wohlwollenden und zur Anerkennung Anderer stets bereiten Wesens überall aufrichtige Sympathie und Wertschätzung entgegengebracht. So war es natürlich, daß in den verschiedenen amtlichen und gesellschaftlichen Kreisen der Wunsch, den hohen Ehrentag des Herrn Landgerichtspräsidenten Mann an freierlicher Weise zu begehen. Die Erfüllung dieses Wunsches mußte leider unterbleiben, da der Jubilar in seiner bescheidenen, jedem öffentlichen Hervortreten abgeneigten Weise gebeten hätte, von jeder festlichen Veranstaltung abzusehen. Aber dadurch konnte

